

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Migration
Stabsbereich Recht
Herr Dirk Olschewski
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

14. April 2009

**Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer als indirekter
Gegenvorschlag zur „Ausschaffungsinitiative“**

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vorlage. Die EVP begrüsst es, dass der Ausschaffungsinitiative der SVP ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. Er ermöglicht es, berechtigte Anliegen der Initianten aufzugreifen und im Einklang mit der Verfassung dem Parlament und allenfalls dem Volk zu unterbreiten.

Art. 34, 42 und 43: Integration als Voraussetzung für die Niederlassungsbewilligung

Unabhängig von den Anliegen der Ausschaffungsinitiative wird in den Artikeln 34, 42 und 43 das zusätzliche Kriterium einer erfolgreichen Integration für die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung (bzw. den Familiennachzug) geschaffen. Für die Beurteilung des Integrationsgrades verweist der erläuternde Bericht (Punkt 5.1) auf die Respektierung des Rechtsstaats, auf das Bekenntnis zu den Grundwerten der Bundesverfassung, auf den Willen zur Teilhabe an Arbeit und Bildung sowie auf die Kenntnisse der lokalen Landessprache. Diese vier Integrationsmerkmale benennen je wichtige Bereiche und werden von der EVP keineswegs bestritten, lassen sich aber nicht klar bemessen. Dies birgt das Risiko von Willkür- und Fehlentscheiden. Der beabsichtigte Integrationsanreiz kommt nur zum Tragen, wenn die Überprüfungsinstrumente einheitlich und verhältnismässig angewendet werden und Integrationshilfen angeboten werden. Unter diesen Bedingungen stimmt die EVP diesen neuen Niederlassungsvoraussetzungen zu.

Art. 62 und 63: Widerruf von Bewilligungen

In den Artikeln 62 und 63 werden die Gründe für den Widerruf von Bewilligungen definiert und damit die Kernforderungen der Ausschaffungsinitiative aufgenommen. Dabei fällt insbesondere auf, dass die heutige Unterscheidung zwischen Niederlassungsbewilligung und Aufenthaltsbewilligung aufgegeben wird und auch die Niederlassungsbewilligung erleichtert widerrufen

werden kann. Die EVP ist zwar damit einverstanden, dass wer schwere Straftaten verübt hat, sein Bleiberecht verwirkt hat. Es ist auch nötig und richtig, dass die heute kantonal sehr unterschiedliche Anwendung und Umsetzung mit einer Konkretisierung auf Gesetzesebene vereinheitlicht wird. Die vorgeschlagenen Massnahmen schiessen aber über das angestrebte Ziel hinaus und es mangelt ihnen an Augenmass und Verhältnismässigkeit. Schliesslich ist es unangebracht, dass das Ausländergesetz zukünftig mit vermehrten Landesverweisen das Strafgesetz quasi substituieren soll. Die Hürde für die doppelte Bestrafung durch Strafgesetz und Ausländerrecht muss hoch sein. Die EVP lehnt die Vorschläge betreffend Widerruf der Bewilligungen in ihrer derzeit vorliegenden Formulierung ab und bemängelt insbesondere:

- die fehlende Differenzierung zwischen Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung. Die Hürde für den Entzug der Niederlassungsbewilligung muss auch in Zukunft höher sein als für den Entzug der Aufenthaltsbewilligung.
- die Verschärfungen bezüglich Sozialhilfebezug, der neu in jedem Fall zum Entzug der Aufenthalts-/Niederlassungsbewilligung führen kann. Hier ist bei der heute gültigen Formulierung zu bleiben, wonach nur der dauerhafte und in erheblichem Mass vorliegende Sozialhilfebezug zum Widerruf der Niederlassungsbewilligung führen kann. Die EVP beantragt deshalb, die Formulierung des alten Art. 63 Abs. 1 lit. c bezüglich Sozialhilfebezug in den neuen Art. 62 zu übernehmen.
- dass allein die Missachtung einer gesetzlichen Vorschrift zum Entzug der Bewilligungen führen kann (Art. 62 Abs. 2 lit. b). Diese Bestimmung ist in dieser Schärfe unhaltbar.
- dass allein die Nichterfüllung öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Verpflichtungen zum Entzug der Bewilligungen führen kann (Art. 62 Abs. 2 lit. c). Diese Bestimmung ist ersatzlos zu streichen.
- dass die Bewilligungen zwingend entzogen werden müssen, sofern der Ausländer oder die Ausländerin zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren oder zu mehreren Freiheitsstrafen oder Geldstrafen von insgesamt 720 Tagen oder Tagessätzen innerhalb von zehn Jahren verurteilt worden ist (Art. 63 Abs. 1). Hier muss zumindest der in Art. 63 Abs. 2 vorgesehene Ermessensspielraum vergrössert werden, indem die Behörde nicht nur ausnahmsweise, sondern grundsätzlich auf den Widerruf der Bewilligung verzichten kann, wenn die privaten Interessen der Ausländerin oder des Ausländers gewichtig (nicht „besonders gewichtig“) sind und sie die öffentlichen Interessen an einem Widerruf überwiegen. Besteht die Aussicht auf Besserung soll der Ausländer oder die Ausländerin nebst der strafrechtlichen Massnahmen nicht ein zweites Mal durch ausländerrechtliche Massnahmen bestraft werden, und die Behörden sollen generell Gnade vor Recht ergehen lassen können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier